



Stadt Bern
Direktion für Sicherheit
Umwelt und Energie

Nägeligasse 2
Postfach 3000 Bern 7

Telefon 031 321 50 05
Fax 031 321 50 09
sue@bern.ch
www.bern.ch

Medienkonferenz Suchtpolitik der Stadt Bern 2007-2012 vom 12. November 2007

Referat Gemeinderat Stephan Hügli, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie

Es gilt das gesprochene Wort

1. Einleitung

Eine wirksame Suchtpolitik setzt ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren, Akteure und Strategien voraus. Wie der Bericht zur Suchtpolitik richtig ausführt, ist der Handlungsspielraum der Stadt Bern begrenzt. Die Stadt Bern nimmt ihre Verantwortung durch die Vier-Säulen-Politik wahr. Ich äussere mich im Folgenden zu den repressiven Massnahmen als wichtigen Schwerpunkt der Suchtpolitik und zeige die Zielsetzung und die Instrumente der Repression auf. Ich will an dieser Stelle nicht so sehr auf die Grenzen der Repression eingehen – diese sind hinlänglich bekannt. Vielmehr scheint es mir wichtig, auf bereits bestehende Instrumente und deren Anwendung hinzuweisen. Repression ist kein Novum in der Suchtpolitik der Stadt Bern 2007 – 2012. Auch wenn sie nicht immer genügend wahrgenommen wird, verfügt die Repression im Drogenbereich über zahlreiche Instrumente und Massnahmen, die bereits heute um- und durchgesetzt werden. Wir wollen aber auch dem Bereich der Repression zusätzliches Gewicht geben und ihn den neuen Herausforderungen anpassen.

2. Ziele der repressiven Massnahmen in der Suchtpolitik

Neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit sowie Ruhe und Ordnung beabsichtigen die repressiven Massnahmen im Suchtbereich in erster Linie die gezielte Bekämpfung des Drogenhandels mittels einer Angebotsverknappung im Drogenbereich. Der Konsum harter Drogen im öffentlichen Raum wird nicht geduldet. Die Bildung einer offenen Drogenszene soll konsequent verhindert und die Attraktivität für auswärtige Abhängige dadurch reduziert werden. Die Polizeiarbeit hat im Weiteren auch präventiven Charakter. Sie leistet auf dem Gebiet der Früherfassung einen wichtigen Beitrag an den Jugendschutz. Suchtgefährdete Jugendliche sollen rasch kompetente Beratung und Unterstützung erhalten.

3. Bestehende Instrumente der Repression im Suchtbereich

Zur Zielerreichung kommen verschiedene Instrumente zum Einsatz:

Die spezielle polizeiliche Einsatzgruppe Krokus hat den gemeinderätlichen Auftrag, die Bildung einer offenen Drogenszene zu verhindern sowie den Strassendrogenhandel zu verfolgen und zu unterbinden. Dieser Einsatzgruppe gehören 19 Personen an, die im Bedarfsfall durch die Sicherheits- und Kriminalpolizei unterstützt werden. Der Dienst wird während 365 Tagen im Jahr über 24 Stunden aufrechterhalten. Der grosse Drogenhandel wird zudem durch die Kriminalpolizei bekämpft.

Als weiteres Mittel verfügt die Polizei gemäss Art. 29 des kantonalen Polizeigesetzes über die Möglichkeit, Personen vorübergehend von einem Ort weg zu weisen, wenn der begründete Verdacht besteht, dass diese die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören. Seit der Einführung des Artikels nimmt die Anzahl der weg gewiesenen Personen kontinuierlich ab. Im Jahr 2006 wurden noch 276 Wegweisungen verfügt. 2005 waren es 420, 2004 560, und 2003 deren 605.

Im Rahmen der Ambulanten Vermittlungs- und Rückführungsaktionen (AVR) werden aufgegriffene drogenabhängige Personen nach polizeilicher Kontrolle der Fachstelle Drogen des städtischen Sozialdiensts übergeben. Dieser führt sie einer adäquaten Betreuung und Behandlung zu. Allenfalls wird eine Rückführung in die Wohnsitzgemeinde in die Wege geleitet. Diese Massnahme soll der Eingrenzung der Szene dienen.

Unter dem Begriff „Aktion Citro“ gehen seit 1998 50 – 100 Mitarbeitende der Polizei in konzentrierter Form gegen die Drogenszene und insbesondere gegen den Drogenhandel vor. Dazu gehören gezielte Festnahmen von Drogenhändlern und die Sicherstellung von Drogen. Die Aktion soll zu einer markanten Verringerung der verfügbaren Drogenmenge führen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Polizeiarbeit liegt in der Verhinderung von Fahrten in fahrunfähigem Zustand. Durch Kontrollen und die Anwendung von Speicheltests, Blut- und Urinproben soll das Fahren unter Einwirkung von Drogen (FAD), in angetrunkenem Zustand (FIAZ) oder unter Einnahme von Medikamenten (FUM) eingedämmt werden. Dadurch erhoffen wir uns eine Verkleinerung der Szene sowie das Fernhalten auswärtiger Szenenbesuchenden.

Ebenfalls ein wichtiger Pfeiler in der Suchtprävention stellt der Jugendschutz dar. Die Alkoholabgabe an Jugendliche unter 16 Jahren (niederprozentige Alkoholika), beziehungsweise unter 18 Jahren (hochprozentige Alkoholika) soll verhindert werden. Entsprechende Weisungen an die Verkaufsstellen sowie Kontrollen sollen der Realisierung dieses Ziels Nachachtung verschaffen.

Gestützt auf das Ausländergesetz (AuG) können bettelnde ausländische Personen, die sich als Touristen in der Schweiz aufhalten, konsequent

kontrolliert und gegebenenfalls weg gewiesen oder durch die Fremdenpolizei ausgeschafft werden (Aktion MANNA). Gestützt auf ausländerrechtliche Bestimmungen kann auch ein Einreiseverbot wegen Mittel- und Obdachlosigkeit verfügt werden.

Das polizeiliche Handeln wird punktuell durch die private Sicherheitsfirma Securitas unterstützt. Dies geschieht bei der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse 22, auf der Parkanlage Kleine Schanze/Bundeshaus, auf der Münsterplattform, bei der Publikumsanlage um den Bahnhof Bern sowie im Raum Schützenmatte-Reithalle.

4. Erhöhung der Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten und in der Innenstadt

Die Verfolgung des illegalen Drogenhandels hat nach wie vor erste Priorität. Der Konsum harter Drogen im öffentlichen Raum wird nicht geduldet.

Die Erfahrungen zeigen, dass sich die Drogensituation im öffentlichen Raum rasch verändern kann. Auf negative Entwicklungen soll noch vermehrt mit erhöhter Polizeipräsenz an den Brennpunkten reagiert werden. Diese soll bewirken, dass keine Szenebildung in der Innenstadt erfolgt sowie keine offene Drogenszene bei der Reitschule entsteht. Eine gesteigerte sichtbare Polizeipräsenz in der Innenstadt führt zudem zu einer Erhöhung des allgemeinen Sicherheitsempfindens. Wichtig ist, dass dabei trotzdem keine Reduktion der Grundversorgung in den übrigen Quartieren resultiert.

Eine verstärkte Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten soll zudem die Unterstützung der Einsatztruppe Krokus, die Intensivierung der AVR-Einsätze und der Aktion Citro sowie der Aktion MANNA ermöglichen. Weiter soll sie vermehrte Verkehrskontrollen auf Fahren unter Einwirkung von Drogen (FUD), Fahren in angetrunkenem Zustand (FIAZ) und Fahren unter Einwirkung von Medikamenten (FUM) ermöglichen. Damit sollen neben einer offenen Drogenszene auch offene Alkoholszenen mit geeigneten Mitteln verhindert werden.

Die Aktionen zur Erhöhung der Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten sind in diesen Tagen gestartet worden.

Stephan Hügli
Direktor